

Jörg Köpke

UNTER- WANDERT

Wie Rechte
den Rechtsstaat
okkupieren

Das Neue Berlin

Das Buch

Seit geraumer Zeit verfolgt Jörg Köpke, etliche Jahre Hauptstadtkorrespondent des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND), die wachsende Verflechtung nationalistischer und rechtsextremer Bewegungen mit den politischen Institutionen. Der Rücktritt von Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier Ende 2020, als dessen Kauf einer Waffe bei einem Neonazi bekannt wurde, ist für ihn nur die Spitze des Eisberges. Sein Report, der in Zusammenarbeit mit Dirk Friedriszik entstand, macht sichtbar, auf welche Weise der Staat von Rechts-extremisten großflächig unterwandert wird. Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft.

Der Autor

Jörg Köpke, geboren 1967 in Buxtehude bei Hamburg, studierte in Hamburg und Ioannina (Griechenland) Latein, Geschichte und Erziehungswissenschaften und promovierte in Alter Geschichte. 1999 stieg er in den Journalismus ein. Nach einem Volontariat bei den *Lübecker Nachrichten* war er zunächst für die kommunalpolitische Berichterstattung der regionalen Tageszeitung verantwortlich. Es folgten Stationen als landespolitischer Korrespondent in Hamburg sowie als langjähriger Chefkorrespondent für die *Ostsee-Zeitung* in Schwerin. Nach 2015 arbeitete er als Hauptstadtkorrespondent für das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) in Berlin. Seit Januar 2021 leitet Köpke die Kommunikationsabteilung am Centrum für Europäische Politik (cep) in Freiburg und Berlin mit Partnerinstituten in Paris und Rom.

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN Buch 978-3-360-02800-6

ISBN E-Book 978-3-360-50184-4

1. Auflage 2021

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

www.eulenspiegel.com

Inhalt

1. Kapitel **VERITAS** 7
2. Kapitel **WASCHI** 23
3. Kapitel **EISERNE RESERVE** 47
4. Kapitel **DOGL** 65
5. Kapitel **BREITSCHIEDPLATZ 2016** 79
6. Kapitel **FRANCO A.** 93
7. Kapitel **AMRI** 113
8. Kapitel **VZ. 58** 125
9. Kapitel **GLOCK** 137
10. Kapitel **STRENZ** 153
11. Kapitel **NESTBESCHMUTZER** 161
12. Kapitel **VERDACHT** 173

1. Kapitel

VERITAS

Dies ist nicht die Geschichte des Whistleblowers Dirk Friedriszik. Aber es ist eine Geschichte, die ohne den SPD-Politiker nicht erzählt werden könnte. Es ist die Geschichte vom beharrlichen Aufklärungswillen, vom Widerstand gegen Neonazis, vom Kampf gegen geduldete rechtsextreme Netzwerke und gewissenlose Staatsdiener. Es ist die Geschichte eines Mannes, der sich mit aller Macht gegen das langsame Sterben der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern stemmt.

Lange zögerte Friedriszik, die ganze Geschichte zu erzählen. Der Mann mit dem bulligen Oberkörper wog die Risiken für sich und seine Familie ab. Schließlich fasste er den Entschluss, offen über alles zu reden.

An einem sonnigen Nachmittag im Sommer 2020 zeigte mir Friedriszik Spuren von Schüssen, die Unbekannte auf sein Haus abgefeuert hatten. Die Delen in den Rollläden vor den Terrassenfenstern und dem Zimmer seiner Tochter darüber deuteten die Gefährdung an, in der sich der Bundeswehrsoldat und Landtagsabgeordnete befand. Schweigen wollte er nun nicht mehr.

Er gebe sein bisheriges Zögern nicht allein wegen der gewaltsamen Einschüchterungsversuche auf, sagte er, nicht wegen der Schüsse auf sein Haus. Er fühle sich im Stich gelassen. Parteifreunde hielten ihn für einen unberechenbaren Nestbeschmutzer und gingen auf Distanz zu ihm. Die Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern schützten ihn nicht so, wie es eigentlich selbstverständlich sein müsste. Die Staatsanwaltschaft Schwerin stellte das nach diesen Schüssen auf sein Haus eingeleitete Ermittlungsverfahren nach nur wenigen Wochen ein, »da es nicht gelungen ist, einen Täter zu ermitteln«, wie es am 6. Juli 2020 hieß. Die an den Jalousien gesicherten Spuren seien vom Landeskriminalamt untersucht worden. Es hätten Stahlpartikel in unterschiedlicher Zusammensetzung festgestellt werden können. Doch ob es sich dabei um Teile von Geschossen handelte, hätten die Sachverständigen nicht eindeutig feststellen können, hieß es lapidar im Schreiben der Behörde. Rückstände von Schmauch seien nicht vorhanden gewesen. Gleichzeitig baten ihn die Ermittler, weitere Umstände anzugeben, falls möglich, die zur Ermittlung des Täters führen könnten.

Friedriszik machte die Reaktion der Staatsanwaltschaft fassungslos. Niemand schien auf die Idee gekommen zu sein, etwa die Flugbahn der »Stahlpartikel« nachzuzeichnen, in der Nachbarschaft zu fragen, ob von dort auf sein Haus geschossen worden sein könnte oder man etwas beobachtet habe. Denn so viel erkannte selbst ein Laie mit bloßem Auge: Ohne Einwirkung von außen hätten sich die Rollläden sicherlich nicht verformt.

Frustriert über mangelnde Unterstützung durch Polizei und Staatsanwaltschaft offenbarte sich mir der SPD-Landtagsabgeordnete ausführlich in zahlreichen Gesprächen im Garten vor seinem Haus. Er legte Dokumente, Chats und Fotos vor, formulierte Sprachnachrichten. Es war ein etwas anderes Bild von Mecklenburg-Vorpommern, fernab von Strandkorb-Idylle und Ostsee-Klischee – manchmal beklemmend, in Teilen sogar beängstigend.

Friedriszik skizzierte ein Land, in dem die Ursuppe des deutschen Rechtsextremismus gebraut wird mit toxischen Zutaten, die besonders drastisch seit Beginn der Migrationswelle 2015 die deutsche Gesellschaft vergiften. Er erzählte seine Geschichte eines Landes, in dem Menschen auch mehr als dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution von 1989 mit dem neuen System und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung fremdeln. In dem alte Seilschaften in geheimen Orden, verschwiegene Zirkeln und verschlüsselten Chats konspirative Kontakte pflegen und Kinder und Enkel antidemokratisch nach Vorbildern von gestern erziehen. Friedriszik malte das Bild eines Bundeslandes, in dem seit Jahrzehnten die Saat ausgebracht wird für Fremdenhass, Neonazismus und umstürzlerische Gewaltfantasien. In Mecklenburg-Vorpommern habe der verordnete Antifaschismus der stalinistischen DDR-Ideologen bei manchen genau das Gegenteil bewirkt, sagte Friedriszik. Das Wegbrechen von Denkverboten nach dem Fall der Mauer habe nach seinem Eindruck bei einigen wohl den Wunsch befeuert, die NS-Zeit wieder aufleben zu lassen. Sogar ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der

DDR würden auf rechtsextremistischen Wegen wandeln, auf denen sie ihre Abneigung gegen das pluralistische System der Bundesrepublik neu justierten und auslebten. Dunkelrot changiert zu braun, interpretierte Friedriszik. Aus national und sozialistisch sei ein zersetzendes Amalgam geworden, dessen bitterer Geschmack den Deutschen aus ihrer jüngeren Geschichte eigentlich in übler Erinnerung sein müsste ...

Doch nicht erst seit der Wende gibt es Neonazis im Osten. Der DDR-Kriminalist Bernd Wagner hat die rechtsextreme Szene vor 1989 eingehend untersucht. Er spricht von einem »rüden System von Rechtsextremisten« mit mehreren Hundert Neonazis und gewaltsamen Übergriffen gegen Homosexuelle, Juden und Ausländer. In den offiziellen Statistiken der DDR wurden diese Rechtsextremisten als Rowdys verharmlost. Als Wagner 1990 dem Bundesnachrichtendienst in Bonn seine Erkenntnisse präsentierte, wollte ihm dort niemand glauben.

Willfähige Helfer fanden die Ost-Nazis in den alten Bundesländern. Neonazi-Kader aus dem Westen kamen nach dem Fall der Mauer scharenweise bevorzugt in den dünn besiedelten Nordosten. Lange bevor die wirtschaftlich und politisch völlig unterschiedlich sozialisierte Bevölkerung aus beiden Teilen der neu formierten Republik zueinander fanden, hatten sich die Rechtsextremisten beider Seiten längst wiedervereint. Zwischen Lüneburger Heide und polnischer Grenze kontrollierten sie ganze Landstriche. Es entstanden »Synergien von Ost- und West-Nazis«, wie es die Bielefelder Historikerin Christina Morina nannte.

Doch nicht nur Neonazis strömten aus dem Westen in den Osten – auch mittelprächtigt begabte Beamte, die ohne die Wiedervereinigung und den Wechsel in den Osten nie Karriere gemacht hätten, geschweige denn in Schlüsselpositionen aufgerückt wären.

In Mecklenburg-Vorpommern versagten die aus mäßig begabten Aufsteigern und ehemaligen DDR-Funktionären zusammengeschnitzten Landesregierungen, sie setzten sich nicht entschieden genug mit dem braunen Ungeist auseinander, unterließen es, aus Scham, Feigheit oder falsch verstandenem Korpsgeist, konsequent rechtsextreme Polizisten, Soldaten, Bundeswehrveteranen, Juristen und Geheimdienstler in die Schranken zu weisen und sie daran zu hindern, das Gemeinwesen auszuhöhlen. Vielleicht hatten sie das Prinzip der Gewaltenteilung auch nicht verstanden. Einige Entscheidungsträger scheinen heute wie gelähmt in ihrer Angst, für jahrelanges Nichtstun, Dilettantismus und indirekt geduldete Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden zu können. Sie reagieren paralysiert, verharren in Schweigen, Tarnen und Täuschen, verschanzen sich hinter Floskeln und Sonntagsreden, statt entschieden zu handeln. Manche von ihnen scheuten nicht einmal davor zurück, in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen die Unwahrheit zu sagen. Andere waren so einfältig, von Rechtsextremisten Waffen anzunehmen.

Damit legten sie die Axt an die Wurzel der Demokratie. Sie wurden zu Helfershelfern jener, die Waffen verstecken, mit denen sie an einem »Tag X« den Parlamentarismus beenden wollen. Wer aus dem Konsens des Schweigens ausbricht, wird von höchsten Kreisen

denunziert und politisch kaltgestellt. Als Dirk Frie-
driszik begann, unbequeme Fragen zu stellen und
gegen das Nichtstun der Landesregierung zu Feld zu
ziehen, wurde er im Herbst 2020 in einem vertrauli-
chen Brief des Innenministers Lorenz Caffier (CDU)
an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) des
Geheimnisverrats bezichtigt und, in der Folge, von den
eigenen Genossen zum Verzicht auf sein Landtagsman-
dat gedrängt.

Dabei wäre es doch die ureigenste Aufgabe von Re-
gierenden und Beamten, die Bürger des Staates, ins-
besondere die wenigen couragierten, zu schützen –
unabhängig von Herkunft, Religion, Hautfarbe und
politischer Gesinnung.

Um keinen falschen Eindruck zu provozieren: Die
Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpom-
mern steht fest auf dem Fundament des Grundgeset-
zes. Doch ausgerechnet an den Schaltstellen der Demo-
kratie, die doch besonders wehrhaft und robust sein
sollten, nisten sich ihre Gegner ein, weil sie offenbar
niemand entschieden genug daran hindert.

Was läuft falsch in einem Land, in dem sich Lehrer
für Rechts und in rechtsterroristischen Netzwerken
engagieren und ihnen anvertraute Kinder indoktri-
nieren? In denen Angehörige und Mitarbeiter von
Bundeswehr, Reservistenverband, Polizei, Justizbe-
hörden, Geheimdiensten, Parlamenten und Ministe-
rien ungeniert das Gemeinwesen zersetzen, ohne auf
entschlossenen Widerstand zu stoßen? Namen von
Journalisten, Politikern und Bürgerrechtlern, die für
Demokratie und gegen eine Renaissance von Faschis-

mus und Nazi-Diktatur eintreten, fanden sich auf Todeslisten. Es wurden reihenweise Anschläge auf Abgeordnetenbüros verübt, ohne dass ein Tatverdächtiger ausfindig gemacht wurde. Rechtsterroristen saugten Adressen und Telefonnummern möglicher Opfer mühelos aus Dienstcomputern der Polizei und bestellten schon Leichensäcke und Löschkalk ...

Was läuft falsch? Und wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Es sind Fragen wie diese, die Dirk Friedriszik aufwühlen, seit der gebürtige Duisburger vor mehr als dreizehn Jahren in den Nordosten Deutschlands kam. Er lebt im mecklenburgischen Ludwigslust, einer auf den ersten Blick betulichen Kleinstadt mit zwölf-tausend Einwohnern, fünfzig Kilometer südlich der Landeshauptstadt Schwerin gelegen. 2007 zog er dorthin. Er baute ein Haus, in das er ein Jahr später mit seiner aus Ludwigslust stammenden Frau einzog. Sie hatte den gelernten Elektriker nach Mecklenburg gelotst und ihm die landschaftlichen Reize von Wäldern, Seen und Endmoränen nahegebracht.

Friedriszik, Jahrgang 1971, war lange Soldat, ehe er in die Politik wechselte und 2016 für die Sozialdemokraten in den Landtag von Schwerin einrückte. Nach Ableistung der Wehrpflicht war er Anfang der Neunziger zum Unteroffizier ausgebildet worden. Er absolvierte die Technische Schule des Heeres in Aachen. Es folgten Stationen im In- und Ausland, darunter Missionen in Mazedonien, im Kosovo und in Afrika.

Seine Frau, eine ausgebildete Erzieherin, lernte er während seiner Zeit im Eurokorps im französischen

Strasbourg kennen. 2009 wurde er auf eigenen Wunsch nach kurzem Intermezzo bei der NATO in Wesel nach Boostedt in Schleswig-Holstein versetzt. Dort, sagte er, sei er als Hauptfeldwebel und Spieß der Kompanie erstmals mit Dutzenden Soldaten aus Mecklenburg-Vorpommern in Berührung gekommen, die offen Adolf Hitler verehrt hätten. Soldaten aus einer Nachbarkompanie seien Mitglieder von Rocker-Clubs gewesen, ein Stabsunteroffizier Angehöriger der Bandidos. Es habe dubiose Treffen von Rockern und Neonazis mit ehemaligen Generälen der Nationalen Volksarmee der DDR gegeben. Immer wieder sah sich Friedriszik mit der unangenehmen Aufgabe konfrontiert, Mecklenburger Neonazis in seiner Kompanie zu disziplinieren.

Die Beobachtungen aus Boostedt korrespondierten mit Beobachtungen, die er in Ludwigslust machte. Um Anschluss in der neuen Heimat zu finden und soziale Kontakte zu knüpfen, besuchte Friedriszik Menschen in der Nachbarschaft. In einer Kellerbar mit DDR-Fahnen und einer Landkarte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 wurde reichlich getrunken. Das eine oder andere alkoholhaltige Getränk lockerte die Zunge der Gastgeber. Freimütig und ohne Reue berichteten die neuen Nachbarn aus ihrem Leben in den Neunzigern. Sie brüsteten sich, Ausländer umgebracht und in einem Moor versenkt zu haben. Auch einen russischen Soldaten wollten sie angeblich getötet haben. Einige der Ermordeten würden noch immer vermisst werden. An Wochenenden seien sie an die Ostseeküste gefahren, um zwischen Lübeck und Rostock als »Brandstiftertouristen« Asylantenheime anzuzünden und »Ausländer zu klatschen«. An den Ausschreitun-

gen gegen Vietnamesen im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen wollten sie ebenso beteiligt gewesen sein wie drei Monate später beim Brandanschlag in Mölln, dem zwei kleine Mädchen und eine 51-jährige Frau zum Opfer gefallen waren. Ein anonymen Anrufer hatte damals Polizei und Feuerwehr auf das durch Molotowcocktails entfachte Feuer aufmerksam gemacht. Der vermeintliche Anrufer beendete seine großmäuligen Ausführungen mit »Heil Hitler«. Als Friedriszik in die alkoholisierte Runde fragte, ob der Anrufer unter ihnen zu finden sei, hätten sie nur gelächelt.

Was Friedriszik damals hörte und sah, beschäftigt ihn bis heute. Und nicht nur ihn. Gut ein Jahr nach den rechtsextremistischen Vorfällen in der Kaserne von Boostedt und unmittelbar nach den Suff-Geständnissen in Ludwigslust nahm er Kontakt zum Militärischen Abschirmdienst (MAD) auf. Da der Geheimdienst der Truppe in Kiel sich dafür als nicht zuständig erklärte, wurde von Amts wegen das Landesamt für Verfassungsschutz in Schwerin eingeschaltet – ein fataler Fehler, wie sich später herausstellen sollte.

Ansprechpartner dort war ein gewisser F., seit 1996 im Inlandsgeheimdienst von Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich für die Bekämpfung von Rechts extremismus. F. suchte 2010 Friedriszik in Boostedt auf, um sich berichten zu lassen. Plötzlich war auch der MAD wieder eingebunden. Es folgten weitere Treffen.

Hauptfeldwebel Friedriszik berichtete über Gehörtes und Gesehenes. Er berichtete auch von Leuten, die ganz offen ihre Sympathie für Nationalsozialismus, Gewalt und Fremdenhass auf der Haut trugen. Dafür sorgte ein Handwerker aus Ludwigslust. Friedriszik

war einmal mit seiner Frau in dessen Laden gewesen. Der Mann habe sich seiner guten Kontakte zur Bundeswehr gerühmt. Unter den kruden Kellererzählern sei er einer der Häuptlinge gewesen. Auf der rechten Hand des Mannes stand »Veritas«. Das lateinische Wort für »Wahrheit« hatte er sich mit schwarzer Tinte unter die Haut gespritzt, genau zwischen Daumenansatz und dem ersten Gelenk des Zeigefingers – ein Tattoo, das Friedriszik später bei zahlreichen Neonazis aus Ludwigslust und Umgebung entdecken sollte.

»Veritas« ist ein Signum der Neonazi-Szene, entlehnt aus dem amerikanischen Mafia-Epos »Der blutige Pfad Gottes« von 1999, in dem am Schauplatz Boston vermeintlich gute Iren vermeintlich böse Russen und Italiener erschießen – eine ikonographische und stilprägende Vorlage für die späteren Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Wer starke Nerven besitzt und die flache Handlung erträgt, wird im Film – der in Deutschland aus gutem Grund nicht ins Kino kam und lediglich auf DVD zu sehen ist – nur unschwer die Blaupause für die rechtsextremistische Terrorgruppe um Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe erkennen, die an verschiedenen Orten in Deutschland zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine Polizistin hinrichtete.

Um den Handwerker in Ludwigslust scharten sich gut zwei Dutzend Gleichgesinnte. Die meisten von ihnen trugen das »Veritas«-Tattoo auf der rechten Hand.

Unter ihnen war ein gewisser K., der gelegentlich in einem silberfarbenen BMW X5 mit Schweizer Kennzeichen oder auf einer schwarzen Harley Davidson durch Ludwigslust fuhr. K. war Vizepräsident der

Bandidos im brandenburgischen Perleberg. Es war nicht die einzige Verbindung von Rechtsextremisten aus Ludwigslust und anderen Landesteilen Mecklenburg-Vorpommerns zu jenem ominösen Motorradclub, dem zahlreiche Straftaten und Kontakte ins gewaltbereite rechte Lager zur Last gelegt wurden – darunter illegaler Waffenhandel.

Am 8. Dezember 2001 marschierten hundert Neonazis hinter dem Spruchband »Musikfreiheit auch für Rechte« durch Neustadt-Glewe, zehn Kilometer nordöstlich von Ludwigslust. Auf der Demonstration hielt Bandido-Boss Peter Borchert eine Rede. Er war Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Chapters der Rocker-Gang, NPD-Chef in Schleswig-Holstein und bereits mehrfach vorbestraft wegen diverser Verstöße gegen das Waffengesetz.

NSU-Unterstützer André Eminger und sein Bruder Maik pflegten Kontakte zu den Bandidos nach Anklam. Beate Zschäpe soll sich dem Vernehmen nach vor einem Gerichtssaal in Neubrandenburg innig mit einem Mitglied der Bandidos geherzt haben ... Neonazis und Rocker traten später häufig in Erscheinung, wenn es um die Beschaffung von Waffen in der rechtsextremen Szene ging.

Der Verfassungsschützer F. legte nach seinem Gespräch mit Hauptfeldwebel Dirk Friedriszik in Boostedt 2010 einen Vorgang an. Er trug die Informationen zusammen, die über die rechte Truppe aus Ludwigslust und deren Verbindungen in die Neonazi- und Rockerszene bekannt waren. In den frühen Neunzigern war offenkundig Ludwigslust ein brauner

Hotspot mit Fackelmärschen und Rechtsrockkonzerten. Beim Verfassungsschutz nahm der Landkreis spätestens seit 2000 eine »Sonderstellung bezüglich neonazistischer Aktivitäten« ein. Ende Februar 2002 registrierte man antisemitische Schmierereien in der Mahn- und Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Wöbbelin und auf dem jüdischen Friedhof im nahen Boizenburg. Als im städtischen Jugendzentrum Zebef die Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik« gezeigt wurde, machte die örtliche »Kameradschaft Ludwigslust 88« mobil. »88« spielte auf die verbotene Grußformel »Heil Hitler« an – H ist der achte Buchstabe im Alphabet. In jener Zeit wohl eröffnete der Handwerker sein erstes Geschäft in der Stadt – als Treffpunkt neonazistischer Skinheads.

Ein harter Kern von Neonazis aus Ost und West lebte und arbeitete in einem Gebiet zwischen Schwerin, Hagenow und Ludwigslust. Die drei Gemeinden bildeten gleichsam ein rechtsextremes Dreieck. Zu den Kameraden aus dem Osten gesellten sich westdeutsche NPD-Größen wie der Ex-Bundeswehrsoldat Udo Pastörs, nachmals Bundesvorsitzender und Landtagsabgeordneter, sowie der spätere NPD-Bundesgeschäftsführer Stefan Köster und der Hamburger Geschäftsmann Philipp Steinbeck, ein Förderer rechter Parteien und Immobilienbesitzer in Südmecklenburg. Interessant auch: Nach dem Abtauchen von Beate Zschäpe wandten sich dem Vernehmen nach deren Helfershelfer Ralf Wohlleben und Carsten Schultze 1999 an den Rechtsanwalt Hans Günter Eisenecker, der in jenem Jahr Landeschef der NPD in Mecklenburg-Vorpommern geworden war. Zu seinen

rechten Mandanten gehörte auch die 1997 verbotene »Kameradschaft Oberhavel« ...

Das alles sollte dem Verfassungsschützer F. durchaus bekannt gewesen sein, als er Friedriszik 2010 in Boostedt anhörte. Die detaillierten Einblicke in die Veritas-Connection von Ludwigslust und die Verbindungen in die Rockerszene schienen dem Inlandsgeheimdienst allerdings neu zu sein. Zumindest tat er so.

Friedrisziks Auskünfte über den Handwerker führten zu einem anderen bereits bundesweit bekannten Neonazi: Sven Krüger aus der »national befreiten Zone« Jamel bei Wismar, wo er für die NPD im Kreistag saß. Sein Vorstrafenregister umfasste damals ein halbes Hundert Delikte. Beide, der Handwerker aus Ludwigslust und Krüger, waren mit der Baubranche verwoben; der Vater des Handwerkers führte schon zu DDR-Zeiten einen eigenen Betrieb. Der Veritas-Handwerker besaß zahlreiche Häuser und Grundstücke, darunter ein Einfamilienhaus in Ludwigslust und die Pension Schlossblick in Neustadt-Glewe. Das von Krüger errichtete »Thinghaus« in Grevesmühlen – »die wohl bizarrste Lokalität in Mecklenburg-Vorpommern«, hieß es verharmlosend im *Hamburger Abendblatt* am 19. August 2011 – entwickelte sich rasch zum wichtigen Zentrum der rechten Szene im Land: interne NPD-Treffen, Rechtsrock-Konzerte und konspirative Zusammenkünfte der »Hammerskins«. Der deutsche Ableger der 1986 in Texas gegründeten neonazistischen Vereinigung existiert seit 1991 in elf regionalen Chaptern und war/ist mit dem Nationalsozialistischen Untergrund und anderen rechtsextremistischen Organisationen eng verwoben. Der Freundeskreis »Thinghaus« unter-

stützte Rechtsrock-Konzerte auch in Neustadt-Glewe, im Revier des befreundeten Ludwigsluster Handwerkers. Krüger kaufte unablässig Gebäude und Grundstücke in Jamel, dort wehte die Reichskriegsflagge, an Häuserwänden waren völkische Wandgemälde und rechte Propaganda zu sehen. Bundesweite Berühmtheit als »Nazidorf« erlangte der Ort durch die Reportage des NDR-Reporters Michel Abdollahi, der vier Wochen in Jamel lebte und mit Leuten sprach. (https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/Im-Nazidorf,sendung447204.html)

Sven Krüger betrieb dort ein Abschlepp- und Abrissunternehmen, auf dessen Fahrzeugen das Bild eines Arbeiters zu sehen war, der mit einem Hammer einen Davidstern zertrümmerte. »Die Jungs fürs Grobe«, warb das Unternehmen, das als Abrissfirma legal Sprengstoff erwerben und einsetzen durfte. Die »Jungs fürs Grobe« stammten mehrheitlich aus der rechten Szene.

2011 durchsuchte ein Sondereinsatzkommando der Polizei Krügers Anwesen und fand eine Maschinenpistole nebst 200 Schuss Munition, im Juli 2011 legte Krüger ein Geständnis ab und bekam zunächst Haftverschonung, damit er sein Bauunternehmen weiterführen könne, wie es hieß. Am 3. November rückte er dann doch in die JVA Bötzwow ein. In der Haft gründete der Neonazi – Jahrgang 1974, geboren in Wismar – einen Verlag, der Lebensgeschichten von SA-Männern veröffentlichte. Der Name des Verlages: Veritas ...

Dem Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern waren vermutlich die engen Verbindungen der Neonazis aus Ludwigslust, Neustadt-Glewe und Wismar im Wesentlichen bekannt, durch Friedrisziks

Berichte wurden die Erkenntnisse vertieft. Doch obwohl das Thema Rechtsextremismus im Kontrollgremium des Landtages regelmäßig thematisiert wurde, blieben Konsequenzen aus. Der Handwerker unterhielt weiter unbehelligt – wie viele andere Veritas-Freunde – enge Kontakte in die Schweiz und bot ein Haus in Ludwigslust auf Ebay zum Verkauf an. Auf den Fotos der Immobilie waren die Nazi-Symbole notdürftig kaschiert worden.

Andere Personen aus dem Umfeld der Veritas-Gang arbeiteten für und in der Polizei, Justiz und Bundeswehr. K. von den Bandidos zum Beispiel war Polizist in Ludwigslust, und das zufällig in jener Inspektion, in der jahrelang und systematisch Meldedaten von politisch linksstehenden Bürgern aus Dienstcomputern kopiert wurden. Ihre Namen und Adressen fanden sich auf Todeslisten rechter Umstürzler.

2019 wurde Sven Krüger in den Gemeinderat von Gägelow gewählt, einem Dorf mit reichlich zweieinhalbtausend Einwohnern unweit von Wismar ...

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen: Dieses längst überwunden geglaubte Muster schien den Umgang der Behörden in Mecklenburg-Vorpommern mit den Auswüchsen von Rechtsextremismus zu charakterisieren. Den Ursachen und Folgen dieser brandgefährlichen Entwicklung will dieses Buch auf den Grund gehen.

Ohne den Mut des SPD-Politikers Dirk Friedriszik und ohne die zahlreichen Gespräche mit ihm in Ludwigslust würde es, wie eingangs festgestellt, den nachfolgenden Text nicht geben.